

westermann



GEOGRAPHISCHE RUNDSCHAU

6-2023 Identität und Diversität in Europa

www.geographischerundschau.de | Juni 6-2023

GR Plus:
Boomende
Hafenmetropole:
Tanger in
Marokko



Identität und Diversität in Europa

Die Idee Europas zwischen Utopie
und Praxis

Europäische Grenzregionen

Mobilität unserer Vorfahren

Die Nordsee als globales Gut

Beheimatungsstrategien junger
Geflüchteter

Antiziganismus entgegenwirken

Liebe Leserin, lieber Leser,

in einer zunehmend entgrenzten Welt mit kontinentüberschreitenden Migrationsbewegungen werden Diversität und Pluralität mehr denn je normal. In einer Gemeinschaft wie der Europäischen Union (EU) mit ihren derzeit 27 Staaten und 24 Amtssprachen ist es deshalb eine große Aufgabe, eine gemeinsame Identität zu definieren, anzustreben und nach innen und außen zu verteidigen. Die Beiträge des Heftes beleuchten die Hintergründe, diskutieren das Selbstverständnis der EU und die Kritik an ihr. Unsere Online-Rubrik „GR aktuell“ widmet sich diesmal den Herausforderungen für den fairen Handel.

Dietmar Falk

Moderation: Veronika Cummings, Elisabeth Sommerlad

Identität und Diversität in Europa

Veronika Cummings, Marie Karner, Elisabeth Sommerlad

4 Die Idee Europas – zwischen utopischem Konstrukt und gelebter Praxis

Kristine Beurskens, Bettina Bruns, Karin Wiest

10 Aushandlungen von Zugehörigkeiten – europäische Grenzregionen im Fokus

Sabine Riedel

18 Separatismus in der EU

Judith Maria Poersch

24 Die Nordsee – globales Gut und bedeutungsvolle Umwelt

Frank Schäbitz, Jürgen Richter, Verena Foerster, Marine Simon, Alexandra Budke

30 Mobilität unserer Vorfahren

Die Ausbreitungsgeschichte des *Homo sapiens* von Afrika nach Europa

Gabriele Dafft, Dorothea Wiktorin

36 Dazwischen oder längst schon mittendrin?!

Beheimatungsstrategien junger Geflüchteter

Veronika Cummings im Gespräch mit Silas Kropf

40 Antiziganismus entgegenwirken – Demokratie stärken



Foto: Shutterstock/RENE COLLINGLES

Manche Details der EU-Utopie entsprechen nicht den Werten und Zielen separatistischer Gruppen

GR Plus

Steffen Wippel

44 Tanger in Marokko

Eine boomende Hafenmetropole und ihre afrikanischen Verbindungen

Magazin

50 Bild und Wort: Plastikmüll: auf der Suche nach Lösungen

51 Standpunkt: Freie Räume tragen zu sozialen Beziehungen bei

52 Bibliothek

53 Bibliothek Spezial: Wissenschaftsgeschichte

54 Report: Teeanbau in Indonesien. Ein Exkursionsbericht aus studentischer Perspektive

56 Karte kompakt: Jahrhundertflut 2013 in Passau

57 Forschungslandschaft: Energiewende verbindet

58 Vorschau, Titel

■ Erinnerungstage des Monats

3. Juni 1998 | Vor 25 Jahren wird in Frankreich die globalisierungskritische Nichtregierungsorganisation Attac gegründet.

17. Juni 1953 | Vor 70 Jahren wird der Volksaufstand in der DDR von sowjetischen Streitkräften niedergeschlagen.

18. Juni 1928 | Vor 95 Jahren stirbt der Polarforscher Roald Amundsen bei einem Rettungsflug für den in Not geratenen Umberto Nobile.



Details zu den Erinnerungstagen und andere aktuelle Themen:
www.facebook.com/geographischerundschau

Veronika Cummings, Marie Karner, Elisabeth Sommerlad

Die Idee Europas – zwischen utopischem Konstrukt und gelebter Praxis

Die Vision Europas beschreibt den normativ anzustrebenden Zustand, in dem die Bürgerinnen und Bürger aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) unter guten Lebensbedingungen in Sicherheit, Frieden und Toleranz leben können. Seit der Gründung der EU stehen Friedenssicherung und ökonomische Ziele im Vordergrund, was in den 1990er-Jahren durch die Förderung europäischer Werte auf gesellschaftlicher Ebene erweitert wurde. Die stets im Wandel begriffene „Idee Europas“ bildet – verbunden mit den geschaffenen Strukturen, Institutionen und Programmen – eine wichtige Grundlage zur Aufrechterhaltung von Freiheit, Solidarität und Pluralismus. Sie ist ein zentraler Baustein europäischer Integration, der noch stärker in die gelebte Praxis des Miteinanders Einzug halten muss.

Wenn heute über die „Idee Europas“ gesprochen wird, ist damit meist auch unmittelbar die Staatengemeinschaft der Europäischen Union (EU) gemeint. Mit Blick auf Identitäts- und Zugehörigkeitsfragen zeigt sich, dass die Entwicklung der EU, d. h. die Formulierung der zentralen politischen, ökonomischen und juristischen Rahmenbedingungen, der Herausbildung eines gelebten europäischen Gemeinschaftsglaubens vorausgeeilt ist (Kaina 2009, S. 209f.). Das vorliegende Heft nimmt Facetten entlang eines weiten Spektrums europäischer Identität und Diversität in den Fokus. Dieser einführende Beitrag skizziert die wesentlichen Herausforderungen des Vorhabens der EU, ein regionales Bündnis als Einheit zu schaffen. Dazu zählen Migrationsdynamiken, Fragen der Außengrenzen sowie Zugehörigkeiten und Nichtzugehörigkeiten bestimmter Nationalitäten oder sozialer Gruppen und damit verbundene unterschiedliche Bedürfnisse nach Sicherheit. Im Folgenden werden einige Grundideen und Entwicklungslinien der „Idee Europas“ umrissen – eine aus unserer Perspektive notwendige Vision, um die europäische Einheit politisch sowie gesellschaftlich real wirksam werden zu lassen.

Europa als Utopie

Im Selbstverständnis ist die EU geprägt von Vorstellungen „friedlicher Zukunft, von Sicherheit, gegenseitigem Respekt und einer Ahnung von Gemeinsamkeit, welche die Europäer kontinuierlich zusammenbringen würde“

(Schulz-Forberg 2010, S. 88f.). In der Präambel des Vertrags über die EU bekannten sich die EU-Mitgliedsstaaten 1992 in Maastricht zu gemeinsamen Grundwerten, Motiven und inhaltlichen Schwerpunkten. Dazu zählen die Grundsätze „der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit“ (hier und im Folgenden Amtsblatt der Europäischen Union C 326 vom 26.10.2012, S. 15f.). In der Präambel des Vertrags über die EU und in der Präambel der Charta der Grundrechte werden historische Ursprünge dieser universellen Werte angeführt, da die „Schöpfung“ der EU auf „dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas [beruhe]“. Die Mitgliedsstaaten verfolgen das gemeinsame Ziel „die Solidarität zwischen ihren Völkern [...] [sowie] die Stärkung und die Konvergenz ihrer Volkswirtschaften herbeizuführen“. Indem festgeschrieben wird, dass sie sich zu „einer immer engeren Union“ verbinden, wird gleichzeitig das Erfordernis weiterer Integrationschritte bekundet.

Darauf aufbauend beschreibt die Utopie Europas einen anzustrebenden idealen Zustand für eine Gemeinschaft von Menschen, die in Sicherheit, unter guten (ökonomischen) Lebensumständen, frei von Intoleranz und Feinden, in Frieden lebt. Gleichzeitig hat sich die heutige EU dank vielfältiger Formen kultureller Integration „zu einem schillernden Konglomerat diverser, vielfach miteinander verwobener Kulturen und Traditionen geformt“ (Wienand und Wienand

2010, S. 7). Angesichts dieser Vielfalt stellt sich die Frage, wie eine europäische Identität mit kollektiv gelebter Zugehörigkeit auf Ebene der Alltagspraxis entstehen kann (vgl. Beitrag Poersch in diesem Heft), auch mit Blick auf geflüchtete Menschen (vgl. Beitrag Dafft und Wiktorin in diesem Heft). In Anlehnung an Ernst Bloch (1959), der Utopie als Vorschein und als konkrete Hoffnung darauf beschreibt, was im menschlichen Zusammenleben an Positivem real möglich sei, kann Europa als „utopische Projektionsfläche für Zukunftsvorstellungen“ (Schulz-Forberg 2010, S. 88) verstanden werden.

Normative Grundlagen für europäische Integration

Die grundlegende Idee eine Union zu bilden, der Staaten des europäischen Kontinents angehören, geht auf die Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Im Angesicht der Kriegszerstörungen und angestoßen durch die visionäre Züricher Europa-Rede Winston Churchills 1946 setzten sich insbesondere Frankreich und Deutschland dafür ein, ein langfristiges friedliches Verhältnis miteinander zu etablieren. Ausdruck fand diese Friedensidee zunächst auf ökonomischer Ebene mit der 1951 gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Dieser gehörten mit Frankreich, Deutschland, Italien, Luxemburg, Belgien und den Niederlanden zunächst sechs Länder an. In den folgenden Jahren wurde der wirtschaftliche Impetus der Gemeinschaft mit der Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) vorangetrieben. Ein zentrales Ziel war die Schaffung eines freien Waren- und Personenverkehrs zwischen den Mitgliedsstaaten, was 1968 mit der Zollunion erreicht wurde. Schrittweise traten weitere Länder bei und erweiterten den gemeinsam geregelten Markt (für weitere wichtige Verträge und Abkommen der EU vgl. Abb. 1).

Der anfangs ausschließliche Fokus auf die ökonomische Dimension erweiterte sich mit dem Vertrag von Maastricht (1992), mit dem die Europäische Gemeinschaft in das Format der EU überführt wurde. Fortan wurde die ökonomische Integration ergänzt um das Streben nach einer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) sowie die zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Rat „Justiz und Inneres“ (JI). Diese drei Dimensionen bilden seitdem die zentralen Säulen für das „Haus Europa“ (Brückner 2020, S. 51). Um diesem metaphorischen Gebäude beitreten zu können, wurden mit den Kopenhagener Kriterien Beitrittsparameter festgeschrieben, die auf einem gemeinsamen normativen Wertekonsens beruhen.

Auf individuell erfahrbare Weise zeigt sich das gemeinsame Werteverständnis am 1995 in



Foto: Shutterstock/Alberto Masnovo

Kraft getretenen Schengener Abkommen (freier Grenzübertritt) als wichtiges Moment für gelebte europäische Integration. Ein zusätzlicher Schritt war die Einführung der gemeinsamen Euro-Währung im Jahr 2002.

In rascher zeitlicher Abfolge sah die EU eine Erweiterung um neue Mitgliedsstaaten („Europa der 12“, 1993/94; „Europa der 15“, 1995–2004). Ab 2004 kam es zu einer Vergrößerung der EU um nochmals zehn Staaten („Europa der 25“, 2006). Im Jahr 2013 trat Kroatien der EU bei, wodurch sich das „Europa der 28“ formierte, das bis zum Austritt des Vereinigten Königreichs im Jahr 2020 Bestand hatte.

Darüber hinaus versuchte die EU im Zuge der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP, 2004) eine „Zone der Stabilität und des Wohlstandes“ (Wagner 2012, S. 3) entlang der Grenzen der erweiterten EU zu etablieren. Insbesondere Demokratisierungsprozesse und neoliberale Umstrukturierungen sollten gefördert wer-

Einheit in Vielheit: Seit 1985 ist die Flagge mit den zwölf Sternen die offizielle Flagge der EU



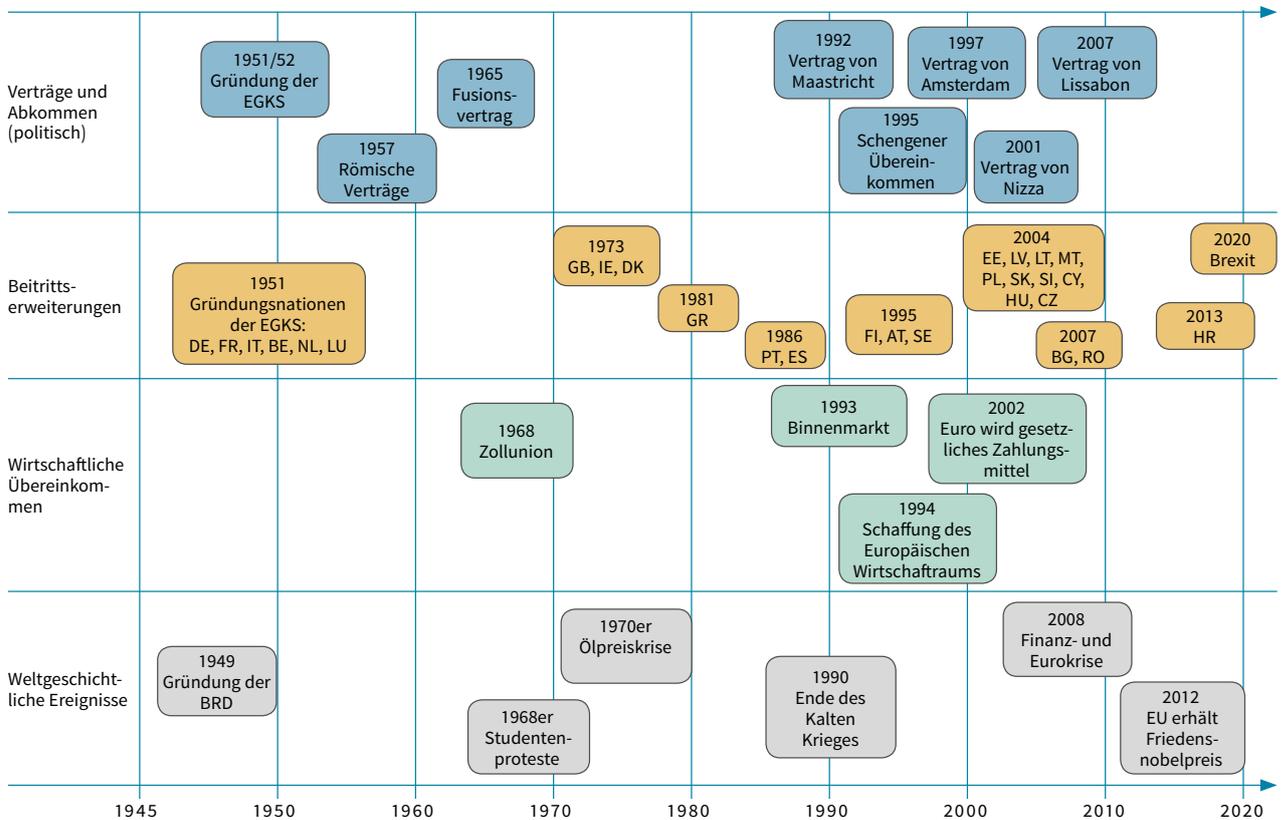
Geschichte der EU

den, indem Ländern „ohne Beitrittsperspektive“ (z. B. Ägypten, Libyen, Syrien) eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU in Aussicht gestellt wurde. Die Europäische Nachbarschaftspolitik wurde für ihre – aus postkolonialer Perspektive höchst bedenklichen – Eigeninteressen scharf kritisiert (z. B. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Markterweiterung der EU, Sicherung des Zugangs zu natürlichen Ressourcen). Sie riskierte durch den Fokus auf neoliberale Reformen tendenziell „eher zur Schaffung politischer Destabilisierung [...] beizutragen und die wirtschaftlichen Ungleichheiten in der Nachbarschaft zu vertiefen“ (Wagner 2012, S. 4). Um die strategische Partnerschaft mit den südlichen Nachbarländern zu erneuern, wurde 2021 eine „Neue Agenda für den Mittelmeerraum“ verabschiedet.

Mit Blick auf die weiteren internationalen Beziehungen der EU „über die Nachbarschaft hinaus“ (Bernardini 2022) sind auch die „neuen Afrikapolitiken“ verschiedener europäischer Länder aber auch der EU selbst zu nennen. Diese verfolgen proaktiv das Ziel, Strukturen in afrikanischen Ländern zu verbessern, um Migration nach Europa einzudämmen (z. B. wirtschaftliche Stärkung einschließlich grüner technologischer Transition oder politische Stabilisierung). Diese Strategien müssen vor allem als Zeichen für eine inkludierende Poli-

tik mit gleichzeitig exkludierendem Charakter spezifischer Länder jenseits des europäischen Kontinents gelesen werden – entsprechend der polemischen Metapher der „Festung Europa“.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Heterogenität infolge der zuvor erwähnten Aufnahme weiterer Mitgliedsstaaten und der dynamischen Weiterentwicklung der „Idee Europas“ werden die geschlossenen Verträge stets reformiert, erweitert und konsolidiert. Dabei erfolgen die Erweiterung der EU und ihr interner Ausbau nicht immer harmonisch und stromlinienförmig. Innere Spannungen und nationalistische Bestrebungen haben im Kontext der Überlappung globalpolitischer Verschiebungen mit großen multidimensionalen Krisen seit den 2010er-Jahren (z. B. Finanzkrise 2008/09 oder Brexit 2020) weiter zugenommen. Sie fordern die Grundrechte und -werte der EU sowie den europäischen Integrationsprozess stetig heraus. Den Überlegungen zu einem europäischen Kosmopolitismus stehen Tendenzen der Desintegration und Fragmentierung gegenüber (Schulz-Forberg 2010, S. 89f.). Es zeigt sich, „dass die Inhalte europäischer Identität – oder konkreter ausgedrückt das, wofür die EU steht, womit sie verbunden, womit sie aufgeladen wird – derzeit nicht nur offen, sondern sogar umkämpft sind“ (Wiesner 2017, S. 45) (vgl. Beitrag Beurskens et al. in diesem Heft).



Ländercodes der EU, die von Eurostat genutzt werden

Belgien (BE), Bulgarien (BG), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Estland (EE), Finnland (FI), Frankreich (FR), Griechenland (GR), Großbritannien (GB), Irland (IE), Italien (IT), Kroatien (HR), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (LU), Malta (MT), Niederlande (NL), Österreich (AT), Polen (PL), Portugal (PT), Rumänien (RO), Schweden (SE), Spanien (ES), Slowakei (SK), Slowenien (SI), Tschechien (CZ), Ungarn (HU), Zypern (CY)

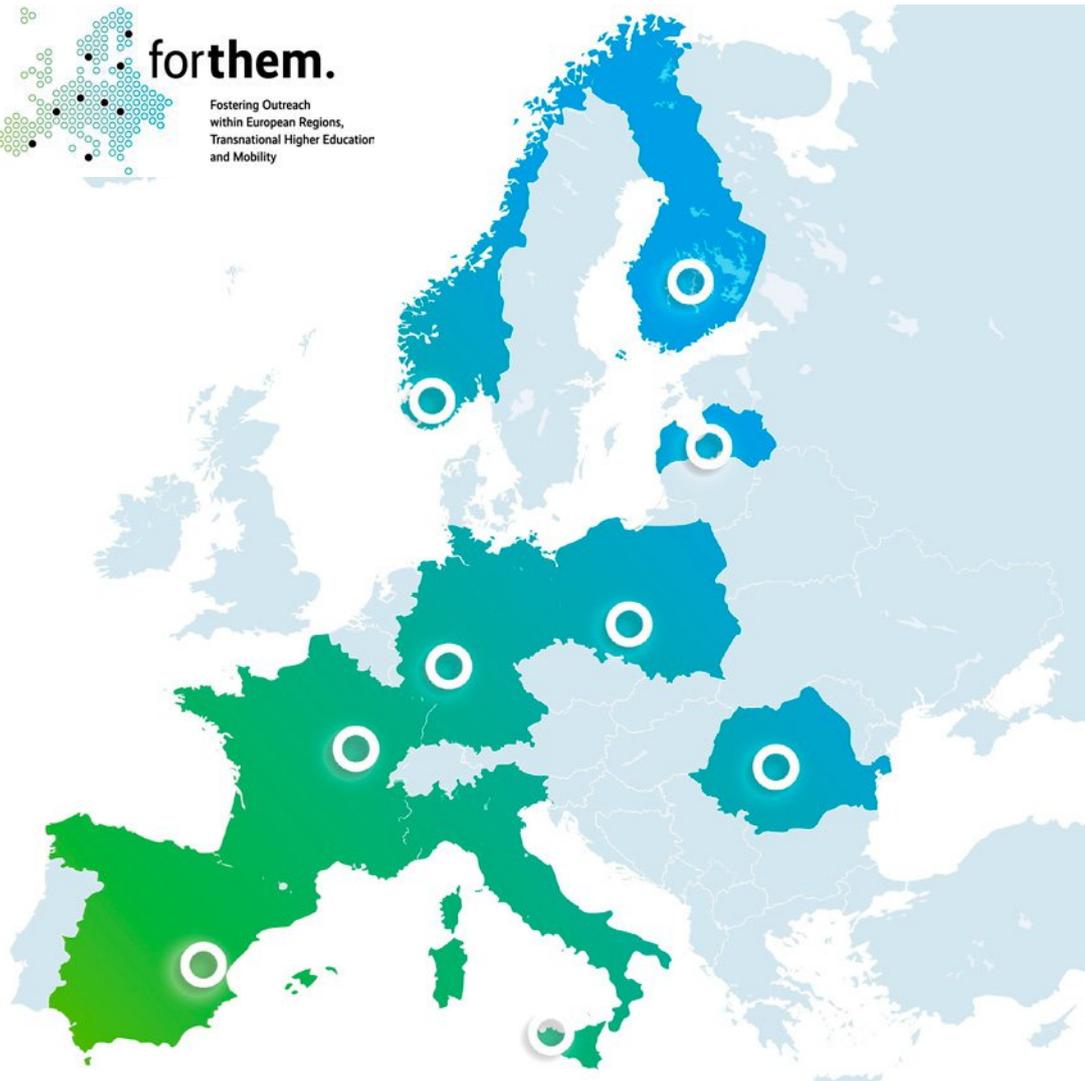
Abb. 1: Auswahl geschichtlicher Ereignisse während der Etablierung der EU

Entwurf: Jonathan Greenleaf



Abb. 2: FORTHem Alliance als Beispiel der europäischen Campus-Idee

Quelle: FORTHem European University Alliance 2023 (<https://www.forthem-alliance.eu/>)



Die 2021 gegründete FORTHem-Allianz (Fostering Outreach within European Regions, Transnational Higher Education and Mobility) ist ein EU-finanziertes Netzwerk von neun staatlichen Universitäten in Finnland (Jyväskylä), Frankreich (Dijon), Deutschland (Mainz), Italien (Palermo), Lettland (Riga), Norwegen (Agder), Polen (Opole), Rumänien (Sibiu) und Spanien (Valencia), die unterschiedliche disziplinäre und regionale Schwerpunkte abdecken. Ihre Aufgabe ist es, gesellschaftliche Herausforderungen und Ungleichgewichte an fachlicher Expertise durch Forschung, Bildung und Mobilität über sprachliche und politische Grenzen hinweg zu lösen (<https://www.forthem-alliance.eu/>)

Förderung der Einheit in Vielheit

Im Zuge einer fortschreitenden wirtschaftlichen Integration haben sich die Mitgliedsstaaten gemeinsamen Grundüberzeugungen und humanistischen Werten verschrieben. Nimmt man die in der Charta der Grundrechte (Amtsblatt der Europäischen Union C 303 vom 14.12.2007, S. 2) formulierten Maßstäbe als Basis eines gemeinsamen Wertekonsens und zugleich einer europäischen Identität, so stellt sich die Frage, inwiefern diese nicht nur in politischen Verträgen normativ festgeschrieben sind, sondern auch handlungsweisenden und identitätsstiftenden Eingang in die alltägliche Praxis der 446,8 Mio. Bürgerinnen und Bürger der EU finden. Wie können Toleranz und Kommunikation im Kontext differenter Alltagsrealitäten gefördert werden, mit denen Europäerinnen und Europäer der nunmehr 27 Mitgliedsstaaten in ihren lokalen Kontexten konfrontiert sind?

Institutionen wie der Europäische Gerichtshof (gegründet 1952) und Organisationen wie der Europäische Rat für Toleranz und Versöhnung (gegründet 2008) sind damit beauftragt, die Einhaltung von EU-Recht oder das Anerkennen von

Gleichberechtigung in allen Mitgliedsländern sicherzustellen. Darüber hinaus wurden kulturelle und wissenschaftliche Austauschprogramme wie das Erasmus-Programm und andere europäische Campus-Ideen (z. B. FORTHem Alliance, vgl. Abb. 2) und Forschungsförderprogramme (ERC, Horizon Europe) etabliert. Sie verfolgen die Ziele, miteinander in Kommunikation zu treten, interkulturelle Kompetenz und europäische Identität zu stärken und schließlich im Bereich Forschung und Transfer ein starkes innovatives Gewicht im weltweiten Wettbewerb darzustellen.

Derartige Programme werden in Europa angesichts der hohen Migrationsdynamik (die als inhärentes Momentum Europas seit frühen Vorzeiten gelesen werden kann, vgl. Beitrag Schäbitz et al. in diesem Heft) und der damit verbundenen, zunehmenden Diversität immer wichtiger. Zur Versinnbildlichung europäischer Werte sollen zudem gemeinsame Symbole wie die Europaflagge und die Europäische Hymne beitragen. Beide wurden 1985 als offiziell anerkannte Elemente der EU von den beteiligten Staats- und Regierungschefs angenommen. Auch medial inszenierte Ereignisse und Events wie die Vergabe des Karlspreises in Aachen sollen an

die Geschichte und Bedeutung der EU erinnern und die Ausbildung einer europäischen Identität nach dem Leitbild „Einheit in Vielheit“ fördern.

Differenzen als Basis europäischer Identität

Neben symbolischen Bezugsebenen finden sich mit Blick auf den Gemeinschaftsgedanken – als Triebkraft der Integration auf dem europäischen Kontinent – oftmals „idealistische Vokabeln wie ‚Europa-Idee‘, ‚Europa Gedanke‘, ‚Europa Vision‘ oder ‚europäische Identität‘“ (Detering 2020, S. 36). Idealistisch meint hierbei „nicht, dass es sich notwendig um affirmative Europaentwürfe handelt, etwa im Sinne einer Zustimmung zur EU, sondern, dass die Grundlagen Europas tendenziell als immateriell gefasst wurden“ (Detering 2020, S. 36).

Bis heute eilen die utopisch-konzeptionellen Grundlagen des europäischen Projektes der gelebten gesellschaftlichen Praxis voraus. Anti-europäische nationalistische und separatistische Bewegungen auf zivilgesellschaftlicher und politischer Ebene fordern die innere Verfasstheit der EU bzw. die Integrität der Mitgliedsstaaten heraus (vgl. Beitrag Riedel in diesem Heft). Angesichts der damit verbundenen zunehmenden Komplexität von Zugehörigkeitsgefühlen kann es folglich keine fixierte „europäische Identität“ geben. Vielmehr muss eine „tragfähige europäische Identität“ (Wiesner 2017, S. 46) auf der Akzeptanz von Differenzen (z. B. ethnisch, religiös, kulturell, gruppenbezogen) beruhen, ohne den gemeinsamen Kern zu verlieren. Wiesner (2017, S. 31) bezeichnet dies treffend als „differenzfreundliche Mehrebenenidentität“. Für die Aufrechterhaltung von Solidarität, Pluralismus und Toleranz ist eine gemeinsame politisch-demokratische Basis notwendig, um die Differenzen in ethnischen, kulturellen und gruppenbezogenen Identitäten, jenseits von Symbolen und Events, zu integrieren (Wiesner 2017, S. 30, 46) sowie um Stereotypisierungen und Diskriminierungen gegenüber einzelnen Gruppen entgegenzuwirken (vgl. Beitrag Cummings und Kropf in diesem Heft).

Darauf aufbauend müssen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger ihre Identität bzw. ihre Gemeinsamkeiten selbst entwickeln, d. h. sozial konstruieren. Während dieses Prozesses muss die Utopie Europas auf normativer Ebene dynamisch weitergetragen werden. Sie sollte im All-

tag noch stärker durch geeignete Institutionen und Programme gefördert werden, damit der Wertekonsens konsequent in das gelebte Miteinander Einzug erhält. In erster Linie ist bei entsprechenden pädagogischen Programmen in Schulen anzusetzen: Differenzen müssen als voraussetzungslose Normalität verstanden werden, damit sie in der Lebenswelt als konfliktfrei überwunden gelten können. Auf diese Weise wird es zur nicht hinterfragten Norm, dass Differenzen als Teil gesellschaftlicher Praxis akzeptiert und aktiv gelebt werden. Insgesamt ist dabei zu beachten, dass die europäische Integration immer ein dynamischer Prozess bleiben wird, denn: „Wenn vom gemeinsamen Bauen am Haus Europa die Rede ist, betont das Bild das Veränderliche und die Ergebnisoffenheit des europäischen Projekts“ (Brückner 2020, S. 51). ■

LITERATUR

- Bernardini, F. (2022): Afrika. (<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/180/afrika>)
- Bloch, E. (1959): Das Prinzip Hoffnung. Berlin
- Brückner, U. (2020): Das Haus Europa. Von der Schwierigkeit eine Baustelle zu lieben, die eine bleibt. In: Raß, M. N. und K. Wolfinger (Hrsg.): Europa im Umbruch. Abhandlungen zur Medien- und Kulturwissenschaft. Berlin, S. 51–63
- Detering, N. (2020): Neuere Europadebatten in den historischen Kulturwissenschaften des 21. Jahrhunderts. In: Raß, M. N. und K. Wolfinger (Hrsg.): Europa im Umbruch. Abhandlungen zur Medien- und Kulturwissenschaft. Berlin, S. 35–49
- Kaina, V. (2009): Wir in Europa. Kollektive Identität und Demokratie in der Europäischen Union. Wiesbaden
- Schulz-Forberg, H. (2010): Europa entzaubert? Öffentlichkeit und Integration Europas. In: Wienand, J. und C. Wienand (Hrsg.): Die kulturelle Integration Europas. Wiesbaden, S. 51–96
- Wagner, J. (2012): Imperialer Neoliberalismus: Syrien und die Europäische Nachbarschaftspolitik. IMI-Studie 12 (https://www.imi-online.de/download/IMI-Studie2012-12_web.pdf)
- Wienand, J. und C. Wienand (2010): Die kulturelle Integration Europas. In: Wienand, J. und C. Wienand (Hrsg.): Die kulturelle Integration Europas. Wiesbaden, S. 7–27
- Wiesner, C. (2017): Was ist europäische Identität? Theoretische Zugänge, empirische Befunde, Forschungsperspektiven und Arbeitsdefinition. In: Hentges, G., Nottbohm, K. und H.-W. Platzer (Hrsg.): Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog. Wiesbaden, S. 21–56

AUTORINNEN

Prof. Dr. Veronika Cummings
cummings@geo.uni-mainz.de
 Schwerpunkte: sozialgeographische Stadt- und Transformationsforschung, Gerechtigkeit, Identität, urbane Utopien

Dr. Marie Karner
m.karner@geo.uni-mainz.de
 Schwerpunkte: Neo-Diaspora, Migration, Identität, urbane Transformationen und Utopien

Dr. Elisabeth Sommerlad
e.sommerlad@geo.uni-mainz.de
 Schwerpunkte: Mediengeographie, kulturelle Vielfalt, Mauritius, urbane Transformationen und Utopien

Lehrstuhl für Humangeographie, Geographisches Institut, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

” In erster Linie ist bei entsprechend pädagogischen Programmen in Schulen anzusetzen: Differenzen müssen als voraussetzungslose Normalität verstanden werden, damit sie in der Lebenswelt als konfliktfrei überwunden gelten können.